



Kostenlos Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 250

Wilhelmshaven

Februar 2010

Rechtsbruch?

Eine spannende Diskussion gab es auf der letzten ALI-Versammlung über die Praktiken des Job-Centers – Seite 3 –



Center

Unsere Rubrik "Aus der Schule geplaudert" finden Sie diesmal schon auf Seite 2. Ministerin Heister-Neumann spielt darin natürlich eine Hauptrolle.

Kein gutes Jahr 2010 erwartet Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven / Friesland, denn, so Ahrens auf Seite 3: "Die Bundesagentur für Arbeit wie auch die schwarz-gelbe Regierung haben zum Großangriff auf die Hartz IV-Betroffenen aufgerufen."

Als einen "Supergau" bezeichnet der Erwerbslosenverein Tacheles die Anrechnung der Kindergelderhöhung auf den Hartz IV-Bezug – Seite 5.

Ebenfalls auf Seite 5 gibt es ein "Leckerli" aus Hamburg – es geht natürlich um die Hafenkonzurrenz.

Auf Seite 6 entführen die Ratssplitter unsere Leserinnen und Leser in die Januar-Ratssitzung.

Mit "Trotz und Qualität" begegnet die Landesbühne der von der Landesregierung angesetzten Finanzschraube. Auf Seite 7 stimmen wir in den Chor "Lang lebe die Landesbühne" ein.

Für Schlagzeilen sorgt das Rockmusical "Meta, Norddeich". Wir haben uns ein wenig mit der Geschichte von Meta Rogall und deren Umsetzung durch das Musical auseinandergesetzt. Unsere Einschätzung dazu auf Seite 8.

Noch mehr Theater, noch mehr Kultur finden Sie auf Seite 9 – wir informieren über einige aktuelle Produktionen der Landesbühne und des Jungen Theaters.

Die Methadonversorgung ist seit Monaten Thema in Wilhelmshaven, und es scheint, als gäbe es in Wilhelmshaven "eine human denkende und vernünftige Zivilgesellschaft" (Johann Janssen). Informationen dazu auf Seite 11.

Nachrichten und Termine finden Sie wie immer quer durchs Heft gestreut.

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Hier finden Sie weitere Hintergrundinformationen, aktuelle Pressemitteilungen und ein Archiv mit allen Gegenwind-Artikeln seit 1997.

meldungen

Danke, Muddy's!

222 ist eine schöne Zahl. So viele Spenden-Euros für den Gegenwind kamen beim "Klangzapfen"-Benefiz-Konzert im "Muddy's" am 2. Weihnachtsfeiertag zusammen. "Wir spielen gern für den Gegenwind!", erklärte Michael Mollenhauer alias Moritz Nurso, der sehr präzise Frontman von "Zeitraumservice". Das war ihm und seiner Band ebenso anzumerken wie Peter und Petra von "Howling Wind" und last not least "Schudzik". Es war ein richtig toller Abend mit guter Stimmung, die später noch in eine Session mit anderen anwesenden Musikern mündete. Wir bedanken uns herzlich bei Günni & Birgit, die Ideen- und Gastgeber für das Konzert waren, bei allen Bands, die zugunsten unserer Zeitung auf ihre Gage verzichtet haben, und bei dem gut gelaunten und spendenfreudigen Publikum!

Im Muddy's geht's natürlich weiter: jeden Donnerstag und auch mal samstags Livekonzert mit alten Hasen oder jungen Hüpfern der friesischen Musikszene. Spätere Session nie ausgeschlossen... (iz)

<http://www.myspace.com/muddyswhv>



Aus der Schule geplaudert

"Gemeinsame Erziehung von Anfang an", überschrieb das Kultusministerium Niedersachsen jüngst eine Presseerklärung. Es geht um ein Modellprojekt für integrative Betreuung von unter dreijährigen Kindern mit und ohne Behinderung. 185 Plätze stellen das Kultus- und das Sozialministerium gemeinsam zur Verfügung. Schade, dass es nur um gemeinsame Betreuung von Anfang an, nicht aber um gemeinsame Betreuung und Beschulung bis zum Ende der Schulzeit geht. Die fürchtet die schwarzgelbe Landesregierung weiterhin wie der Teufel das Weihwasser, und so sollen Haupt- und Realschulen angesichts des stetigen Schrumpfens der Hauptschulen nur "enger kooperieren", nicht aber zusammengelegt werden. Aber immerhin: "Zur Sicherung kleiner Schulstandorte werden die Möglichkeiten für zusammengefasste Haupt- und Realschulen erweitert. Hierzu kann gemeinsamer Unterricht in den Klassen fünf bis acht, mit Ausnahme der Kernfächer Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache erfolgen. Zur Vermeidung von jahrgangsübergreifendem Unterricht können auf Antrag auch andere Formen der Differenzierung in Kernfächern erfolgen."

G8 an Gesamtschulen? Nein, hier geht es nicht um abgeschottete Wirtschaftsgipfel, sondern um die Einführung des Abiturs nach 12 Schuljahren auch an Gesamtschulen. Die entsprechende Änderung des Schulgesetzes im letzten Sommer hat damals für Furore gesorgt. Jetzt sind die Pläne des Kultusministeriums so weit gediehen, dass sie in den Gremien diskutiert und den Verbänden vorgelegt werden können, und es ist damit zu rechnen, dass die Protestwelle wieder zunimmt. "Kern-element ist dabei, wie das Abitur nach 12 Jahren an allen Gesamtschulen durchgeführt wird. Nach der neunten Klasse entscheidet der Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler, wer die Einführungsphase der Oberstufe der Gesamtschule besucht. Schülerinnen und Schüler, die am Ende der neunten Klasse dieses Leistungsniveau nicht erreichen, würden dann, wie auch an den Haupt- und Realschulen, die dafür vorgesehene 10. Klasse besuchen und haben die Chance, den Erweiterten Sekundarabschluss I zu erreichen. Hieran anschließend gibt es wie bisher die Möglichkeit, das Abitur über die Fachgymnasien, die Gymnasien oder die Oberstufe der Gesamtschulen nach drei weiteren Schuljahren zu erreichen", teilt das Kultusministerium in einer Presseerklärung mit. Die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen sollen also schon nach der 9. Klasse getrennt werden, die "besseren" auf die Oberstufe vorbereitet, die "schlechteren" auf das, was früher "mittlere Reife" hieß, hingeführt werden. Ein bisschen mehr Desintegration an den integrierten Gesamtschulen also.

"Weniger Schulabbrecher in Niedersachsen", hieß es direkt vor Weihnachten in der "WZ". Um 20 Prozent sei die Quote der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlas-

sen, gesunken, und das sei ein "Erfolg des Hauptschulprofilierungsprogramms", wie die Kultusministerin Heister-Neumann erklärte. Richtigerweise erklärte der WZ-Kommentator, dass diese schöne Meldung jedoch mit Vorsicht zu genießen sei, denn die Zahl der HauptschülerInnen sinke weiter. Eine Trendwende sei es beileibe noch nicht.

Am 21. Januar lasen wir dann, dass Wulff 2011 **Lehrerstellen streichen** will. Dann nämlich verlassen zwei Jahrgänge gleichzeitig die Gymnasien, der letzte, der noch das Abitur nach 13 Jahren macht, und der erste mit "Abit12". Also sinken dann die Schülerzahlen, also braucht man dann weniger Lehrer. Logisch, oder? Und schon ist vergessen, dass man eine bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrpersonal, dass man bessere Arbeitsbedingungen an Schulen versprochen hat. Neuerdings liest man in der "WZ" immer wieder von **gemeinsamen Projekten** einzelner Schulen mit der Wirtschaft. Das geht auf einen Erlass zurück, für den das Kultusministerium sich selbst lobt mir den Worten "Niedersachsen Vorreiter - andere Länder interessiert". Dazu heißt es in einer Presseerklärung des Kultusministeriums: "Im Juni 2009 hat der Landtag mit der Änderung des Schulgesetzes die Stärkung der Berufsorientierung der Haupt- und Realschulen beschlossen. Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann teilte mit, dass die Entwürfe zur Umsetzung in der Anhörung sind. 'Mit der Stärkung der Berufsorientierung sichern wir die Zukunftschancen unserer Kinder. Der berufsorientierte Weg zur Ausbildung oder zum Studium wird durch die Verzahnung der Hauptschulen mit den berufsbildenden Schulen und der Profilbildung an den Realschulen weiter ausgebaut. Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss', sagte Heister-Neumann. Vor allem aber sichert das Land damit den Fortbestand der Selektion: Die Lehrpläne der drei Schulformen werden immer unterschiedlicher, und damit wird ein Schulwechsel "nach oben", also von der Haupt- zur Realschule oder von der Realschule zum Gymnasium, immer schwieriger.

Anette Nowak



Spendensammler Günni vom Muddy's Foto: iz

SPOONER

Anzihsachen

Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV



www.myspace.com/spooneranzihsachen

NEU Cyroline T-shirts 14,99€

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0322-23755199
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 10.02.2010

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.

Hartz IV und Recht

Viel los beim Job-Center

(noa) Zur Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland am 12. Januar stand "Null-Euro-Jobs" auf der Tagesordnung, und ein externer Referent war nicht vorgesehen. – Zwei Stunden waren mit dem angekündigten Thema nicht zu füllen, und so wurde über dies und das diskutiert. Und das war richtig spannend.

Zur Begrüßung wünschte Werner Ahrens allen Anwesenden ein gutes neues Jahr, und er sagte gleich dazu, dass er allerdings befürchtet, es werde kein gutes Jahr werden. Die Befürchtung ist begründet: Sowohl die Bundesagentur für Arbeit als auch die schwarz-gelbe Regierung haben zum Großangriff auf die Hartz IV-Betroffenen aufgerufen.

Arbeitsdienst

Zwei Tage vor der ALI-Versammlung gab es bei "Anne Will" den Vorschlag, Langzeit-Erwerbslose sollten den Regelsatz nur dann in voller Höhe erhalten, wenn sie arbeiten. Solange sie keiner Beschäftigung nachgehen, soll ihr Regelsatz gekürzt werden.

Am Tag nach der ALI-Versammlung kam CDU-Koch (Ministerpräsident Hessen) mit diesem Vorschlag groß raus. Frau von der Leyen, neuerdings Arbeits- und Sozialministerin, wiederholte, was man ihr bei "Anne Will" eindringlich gesagt hatte: Die Politik möge aufhören, über Arbeitslose so zu reden, als seien sie allesamt faul und arbeitsscheu. Aber was sie weiter sagte, war eigentlich ebenso dumm: Die Hartz IV-Empfänger, die nicht arbeiten, tun es deshalb nicht, weil sie entweder keinen Schulabschluss, keine Berufsausbildung oder keine Kinderbetreuung haben. Aha. Und wenn sie all diese Sachen hätten, dann würden auf einmal Jobs entstehen??? Hat Frau von der Leyen nicht wenige Tage später davon gesprochen, dass im eben begonnenen Jahr mit weiteren Stellenstreichungen, also wachsender Arbeitslosigkeit zu rechnen ist? Und: Was ist eigentlich mit den hochqualifizierten kinderlosen Langzeitarbeitslosen?

Zurück zu Koch: Die Auszahlung des vol-



**hartz IV
und recht**

len Regelsatzes, also des amtlichen Existenzminimums, von Arbeit abhängig zu machen, bedeutet Zwangsarbeit. Wie wäre es mit einer Neuauflage des Arbeitsdienstes?

Regelsatz

Mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das derzeit mit der Höhe des Kinderregelsatzes beschäftigt ist, wird am 9. Februar gerechnet. Dass der Regelsatz für kleine Kinder nicht auf verfassungskonforme Art und Weise zustande gekommen ist – ein Säugling ist eben nicht ein Dreifünftelmensch, sondern jemand, der jede Menge Windeln braucht – und nach deren wirklichem Bedarf berechnet werden muss, soviel ist schon sicher. Wie Werner Ahrens der ALI-Versammlung mitteilte, hat das BVerfG jedoch signalisiert, dass auch über die Regelsätze für Erwachsene nachgedacht wird. Nun weiß jeder, der von Hartz IV leben muss, dass die Höhe des Regelsatzes zu gering ist und zu einem menschenwürdigen Leben (Art. 1 Grundgesetz. "Die Würde des Menschen ist unantastbar") angehoben gehört. Gleichzeitig mit den Angriffen auf den Regelsatz von anderer Seite – so finden die fünf "Wirtschaftsweisen" ihn zu hoch – wagt jedoch niemand, dem BVerfG-Urteil mit Hoffnung entgegenzusehen.

Klageflut

"Hartz IV schafft Jobs", titelte die "junge Welt" am 16. Januar. Ja, tatsächlich. Ständig werden neue Richterstellen an den Sozialgerichten geschaffen. In Berlin, das Deutschlands größtes Sozialgericht beherbergt, wird alle 13 Minuten ein neues Verfahren eröffnet. Wir wissen nicht, in welchem Zeittakt an dem für Wilhelmshavener KlägerInnen zuständigen Sozialgericht Oldenburg Verfahren eröffnet werden, doch daran, dass man zuweilen über ein Jahr lang warten muss, bis das eigene Verfahren drankommt, hat sich noch nichts geändert.

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken seit 1913!

Die Klageflut soll eingedämmt werden, lautet eine Weisung der Bundesagentur für Arbeit an die Job-Center. Zu diesem Zweck versuchen die Job-Center, WiderspruchsführerInnen dazu zu bewegen, ihren Widerspruch zurückzunehmen. Dass man sich darauf bloß nicht einlassen soll, wurde in der ALI-Versammlung mit Zahlen aus der Internetplattform "tacheles-sozialhilfe.de" belegt: 60 % aller Widersprüche "gehen durch", sprich: ihnen wird abgeholfen. Das wäre ja nicht so, wenn sie nicht sogar aus Sicht der Job-Center selber berechtigt wären. Dann bleiben 40 % Widersprüche, denen nicht abgeholfen wird. Wie viele Widerspruchsführer dann den Schwanz einziehen, ist unbekannt, doch 50 % aller Klagen, die nach abgelehntem Widerspruch geführt werden, werden gewonnen.

Kosten der Unterkunft

Seit Ende September 2009 bearbeitet das Sozialgericht Oldenburg erst mal keine Wilhelmshavener KdU-Fälle mehr. Das liegt nicht an der oben beschriebenen Überlastung, sondern daran, dass das Bundessozialgericht am 22. September das LSG-Urteil vom 11. Dezember 2008, gegen das das Job-Center Wilhelmshaven Revision eingelegt hatte, an das Landessozialgericht zurückverwiesen hat. Das BSG konnte aus dem Urteil nicht klar erkennen, ob die Stadt Wilhelmshaven tatsächlich ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen bezüglich der Mieten angewandt hat oder nicht.

Bis zum 22. September hatte das Sozialgericht Oldenburg wie schon vor dem Revisionsantrag regelmäßig zur Beurteilung ➤

Kommentar

Wenn sich mehrere Menschen zusammentun und verabreden, jemandem, sei es eine Einzelperson oder seien es viele Menschen, Unrecht zu tun, z.B. jemanden zu bestehlen, zu betrügen oder zu übervorteilen, dann ist das die Verabredung zu einer Straftat. Die Straftäter bilden eine kriminelle Vereinigung. –

Im Job-Center arbeiten viele Beschäftigte und erlassen Bescheide, die nicht rechtmäßig sind. Das passiert meistens zum finanziellen Schaden der Betroffenen. Das ist bei allen Arbeitslosengeld II-Berechtigten der Fall, die ihre Miete nicht voll erstattet bekommen. Alle, die hier Widerspruch einlegen und nach dem Widerspruchsbescheid Klage beim Sozialgericht führen, haben Erfolg. Sie bekommen dann nicht unbedingt die volle Miete zugesprochen, aber doch jedenfalls mehr, als das Job-Center bewilligt hatte. Der Erfolg bei Gericht zeigt, dass das Job-Center Unrecht getan hat.

So ist es auch, wenn das Job-Center eine Stromkostenrückzahlung anrechnet oder eine Klassenfahrt nicht bezahlt.

In einem Verfahren beim Sozialgericht sagte der Vertreter des (beklagten) Job-Centers neulich, er und seine KollegInnen handelten

nach den hausinternen Vorschriften und Anweisungen. Der Richter antwortete ihm, es wäre besser, wenn die Job-Center-MitarbeiterInnen nach dem Gesetz handelten. –

Ich werde mich hüten, das Job-Center mit einer kriminellen Vereinigung zu vergleichen. Schließlich möchte ich keine Strafanzeige bekommen! Außerdem täte ich damit den Beschäftigten des Job-Centers Unrecht.

Die Beschäftigten des Job-Centers machen so etwas nicht gerne. Wie wenig die meisten von ihnen damit klarkommen, dass sie Menschen übervorteilen und um ihre Rechte betrügen müssen, zeigt der konstant hohe Krankenstand von um die 30 %. Noch drastischer zeigte dies letztes Jahr der Abschiedsbrief eines Job-Center-Mitarbeiters, in dem er seinen Suizid mit der Unerträglichkeit der Arbeit, die er tun musste, begründete.

Viele Job-Center-"Kunden" sagen in hilfloser Wut, das seien dort allesamt Verbrecher. Das finde ich falsch. Verstehen kann ich die wütenden "Kunden" aber gut.

Anette Nowak

Forts. Hartz IV und Recht

der Angemessenheit von Unterkunftskosten die Werte aus der rechten Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 % seinen Urteilen zugrundelegt, was für Wilhelmshavener KlägerInnen meistens bedeutete, dass sie ihre volle Miete zugesprochen bekamen.

Die Zurückverweisung des Urteils an das LSG hat also dazu geführt, dass alle die, die auf Zahlung höherer KdU geklagt haben, warten müssen. Und im Augenblick braucht niemand sich mit seiner Klage zu beeilen, der höhere KdU als bewilligt begehrt – das Gericht würde momentan die Klage entgegennehmen und weiter nichts tun.

Jetzt muss das Landessozialgericht noch einmal ran. Und dessen nächstes Urteil kann die Stadt akzeptieren – oder erneut Revision beantragen. Und währenddessen zahlen und zahlen Wilhelmshavener Hartz IV-Betroffene einen Teil ihrer Miete aus dem Regelsatz.

Lob für die ALI

Seit einiger Zeit kommt SPD-Ratsherr Uwe Reese öfter mal zu den ALI-Versammlungen. So auch am 12.01. Und da sagte er der Arbeitsloseninitiative doch tatsächlich, es sei gut, dass es sie gebe, und "ihr habt schon viel erreicht." – Wo er Recht hat... Die ALI hat schon sehr viele Menschen dazu motiviert, sich zu wehren, gegen ungerechte oder rechtswidrige Bescheide (damals) des Arbeitsamtes, dann der Arbeitsagentur und des Job-Centers Widerspruch einzulegen, beim Widerspruch geholfen, im Falle einer notwendig werdenden Klage (wenn dem Widerspruch nicht abgeholfen wurde) Kontakt zum Anwalt hergestellt, diesem zugearbeitet, und sie hat damit vielen Menschen zu ihrem Recht verholfen.

Aber: Es sind immer noch viel, viel mehr Arbeitslose, die die ALI nicht kennen oder sich nicht trauen, hinzugehen, die sich alles gefallen lassen, die vom Amt um Geld betrogen werden.

Und: Es ist sehr erfreulich, dass ein Rats Herr der SPD sich für die Probleme der Arbeitslosen interessiert!

Verstärkung für die ALI?

Einem Flugblatt zufolge gibt es seit dem Januar 2010 eine weitere Anlaufstelle, an die Hartz IV-Betroffene sich wenden können, nämlich "die unabhängige, überparteiliche und nichtgewerkschaftliche Interessengemeinschaft Job-Center Wilhelmshaven". Laut Flugblatttext sieht diese ihr Ziel darin, "Beziehern des Arbeitslosengeldes II Hilfestellung zu geben durch Problemerkörterung, Amtsbe-

gleitung oder andere geeignete Maßnahmen. Die Interessengemeinschaft wird in jedem Falle bestrebt sein, den Informationsfluss zwischen dem Job-Center und dessen Kunden zu optimieren. Darüber hinaus wird sich die Interessengemeinschaft sowohl mit Verbesserungsvorschlägen als auch mit öffentlicher Kritik an das Job-Center oder auch anderen Stellen gegenüber nicht zurückhalten, wenn gravierende Anlässe dieses erfordern sollten."

Unser Versuch, mit dieser Interessengemeinschaft in Kontakt zu treten und sie im Gegenwind genauer vorzustellen, ist bislang nicht gelungen. Das Flugblatt enthält keinen Namen (etwa eines presserechtlich Verantwortlichen) und keine Telefonnummer, sondern lediglich die Emailadresse ig.job-center.whv@gmx.de, und die Emails der Gegenwandlerin wurde nicht beantwortet. Vielleicht bekommt jemand anderer Antwort.

So nicht!

Gravierende Anlässe für Kritik am Job-Center Wilhelmshaven gibt es eigentlich dauernd. Augenblicklich scheint dort die Devise zu gelten, den Hartz IV-Berechtigten so viel Geld wie möglich wegzunehmen, egal mit welchen Mitteln, auch wenn sie nicht gesetzeskonform sind.

Herr O. teilte in der ALI-Versammlung mit, dass er soeben in seiner Heizkostensache beim Sozialgericht obsiegt hat: Was ist passiert? Er hat die Jahresabrechnung der GEW bekommen und für Strom und Gas eine Rückzahlung erhalten.

Die Heizkostenabschläge für Hartz IV-Berechtigte zahlt das Job-Center. Klar, dass es auch die Rückzahlung für weniger verbrauchtes Heizgas bekommt. Im Fall von Herrn O. (und in wie vielen anderen Fällen noch???) hat das Job-Center jedoch die ganze Rückzahlung, also auch das Geld, das Herr O. durch sparsamen Umgang mit Strom eingespart hat, in Anrechnung gebracht und ihm abgezogen.

Strom wird aus der Regelleistung bezahlt. Ist der Abschlag zu niedrig, muss der Kunde aus eigener Tasche, im Falle von Hartz IV-Bezug also aus dem Regelsatz, nachzahlen. War er zu hoch, dann ist klar, dass dem Alg II-Empfänger die Rückzahlung zusteht. Sie ebenfalls anzurechnen, ist mindestens eine Unverschämtheit

Einen weiteren Fall teilt uns ein Wilhelmshavener Rechtsanwalt mit. Im Fall eines seiner Mandanten errechnete das Job-Center eine "Überzahlung" in Sachen Heizkosten und setzte ihm nach § 22 Abs. 1 S. 4 SGB II für zwei Folgemonate die Leistung runter, statt

Minicar Dirks☎ **772211**

**Wir haben
unseren
Fuhrpark um
einige Großraum-
fahrzeuge
erweitert**

korrekterweise nach dem SGB X die Überzahlung nach und nach abzuziehen. Das Sozialgericht Oldenburg hat das durch eine einstweilige Anordnung am 22. Januar 2010 korrigiert. Wer sich gegen vergleichbare Fehlentscheidungen des Job-Centers wehren will, kann sich auf das Aktenzeichen S 46 AS 76/10 ER beziehen.

In beiden Fällen hätten die Betroffenen so wenig Geld erhalten, dass sie ihre Miete nicht hätten zahlen können. Hätten sie sich nicht gewehrt, hätte Wohnungslosigkeit gedroht.

Null-Euro-Jobs

Ach ja, in der ALI-Versammlung gab's doch noch was. Mit den angekündigten Null-Euro-Jobs meinten die Veranstalter nicht etwa die von Koch in die Hetzdebatte eingebrachte Zwangsarbeit. Nein, es gibt eine viel elegantere Lösung, bei der einer jedenfalls reich wird: Martin Lettenmeier. Er hatte eine tolle Idee. Für drei bis fünf Euro pro Stunde vermittelt er Menschen an Supermarktketten, die an der Kasse stehen und den KundInnen die Waren einpacken und vielleicht sogar ans Auto tragen. "Friendly Service" heißt diese Dienstleistung, und sie wird, wenn die freundliche Dienstleisterin Pech hat, mit einem freundlichen "Danke!" bezahlt. Lohn gibt es für die PackerInnen nämlich nicht; sie müssen auf Trinkgeld hoffen.

"Ich hab' das mal gemacht und richtig gut verdient dabei", warf ein Versammlungsteilnehmer ein. Ja, je nachdem, in welcher Wohngegend der Supermarkt steht, kann es sein, dass man so tatsächlich mehr verdienen kann als ein Postbote oder eine Friseurin. Aber eben nur dann, wenn die Kunden großzügig sind. Adolf Bauer, Präsident des SoVD, der auch schon mal Referent bei einer ALI-Versammlung war, nennt den Friendly Service "eine perverse Niedriglohn-Variante". □

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Supergau

Zur Anrechnung der Kindergelderhöhung im Hartz IV-Bereich erklärt der Erwerbslosenverein Tacheles e.V., sie sei zwar rechtmäßig, stelle aber "einen verwaltungstechnischen Supergau des Arbeitsministeriums dar. Der Erwerbslosenverein fordert die Arbeitsministerin von der Leyen auf, durch Rechtsverordnung die Nichtanrechnung zu bestimmen."

Die Anrechnung der Kindergelderhöhung ist zwingend vorgeschrieben; hier gibt es kein Ermessen. Die einzige Möglichkeit, Familien im Hartz IV-Bezug vor dieser Benachteiligung gegenüber allen anderen Familien zu schützen, wäre ein Gesetz oder eben die geforderte Rechtsverordnung.

Dem Verein Tacheles geht es hier aber nicht nur um die Ungerechtigkeit. "Verwaltungstechnischer Supergau" nennt er das nicht aus Spaß. Wir zitieren weiter aus der Presseerklärung: "Rund 2,5 Mio. ALG II-Haushalte sind Kindergeldbezieher und von der Kindergelderhöhungsproblematik betroffen. Die Konsequenz ist, dass bei ca. 2,5 Mio. Haushalten die Bescheide aufgehoben werden müssen, zum Teil sogar einzeln gegen jede Person in der Bedarfsgemeinschaft, und eine Bescheidaufhebungswelle von bestimmt 5 Millionen Bescheiden erfolgen wird. Nach der Aufhebung müssen die Gelder zurückgefordert werden, der Rückforderungsbetrag darf aber nicht im Leistungsbezug gegen ALG II-Bezieher geltend gemacht werden, sondern erst, wenn diese über höhere Einkünfte als ALG II verfügen (§ 51 Abs. 2 SGB I). Das bedeutet wiederum eine Forderungsverwaltung über Jahre und zum Teil Jahrzehnte. Da sich viele Leistungsbezieher ungerecht behandelt fühlen und Widerspruchseinlegeaufforderungen in der Erwerbslosenszene kursieren, können die Verantwortlichen mit einer erheblichen Widerspruchswelle rechnen – auch hier ist von Hunderttausenden von Widersprüchen auszugehen. Harald Thomé vom Erwerbslosenverein Tacheles: 'Frau von der Leyen hat hier eindeutig gepennt. Anstatt die Notwendigkeit weiterer Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher zu fordern, sollte sie lieber mal ihren Blick auf die alltäglichen Probleme werfen und diese konkret angehen und jetzt Lösungen schaffen.'

Tacheles fordert in einem ersten Schritt, dass die Arbeitsministerin Frau von der Leyen durch Rechtsverordnung (§ 13 SGB II) bestimmt, dass die aktuelle Kindergelderhöhung bis zum Ablauf des jeweiligen Bewilligungsabschnittes anrechnungsfrei gestellt wird. Somit ließe sich der administrative Supergau verhindern. Das wäre eine identische Regelung wie bei der Kindergelderhöhung zu Beginn des letzten Jahres (§ 1 Abs. 3 ALG II-Vo).

In einem zweiten Schritt wird gefordert, dass die Kindergelderhöhung generell nicht nur Besser- und Gutverdienern zugute kommt, sondern dass diese auch ALG II-Empfängern zugute kommt. Das bedeutet: 'Wir fordern, dass die Kindergelderhöhung generell für ALG II- und Sozialhilfebezieher anrechnungsfrei gestellt wird', so Harald Thomé." (noa)

Ein Leckerli aus Hamburg

Eurogate und HHLA wollen Netz von Terminals

(jm) Die Container-Terminals in Hamburg und Bremerhaven haben nicht nur krisenbedingte Umschlagelbrüche wegzustecken. Zusätzlich dazu graben ihnen Rotterdam und Antwerpen auch noch das Wasser ab. Inzwischen ist eine ruinöse Rabattschlacht im Gange, für die neben den Hafenschäftigen auch die Steuerzahler die Zeche zahlen sollen.

Doch das alles reicht nicht: Zur Zeit leiten die Reeder ihre Übersee-Container vermehrt über die Rheinmündungshäfen. Den für den Weitertransport nach Osteuropa bestimmten Anteil lassen sie dann mit Feederschiffen via Skagerrak zu den Ostseehäfen schippem. Dies soll momentan kostengünstiger sein, als die großen Container-Jumbos bis nach Hamburg zu schicken und die Ladung von dort via Nord-Ostsee-Kanal (NOK) weiter ins Baltikum zu verfrachten. Auf Grund gefallener Treibstoffpreise soll die Umfahrung Jütlands jetzt billiger kommen als die für die Durchfahrt durch den NOK anfallenden Gebühren.

Jetzt scheint es so, als ob man an der Küste zur Vernunft kommen und die Eigenbrötelei in der Hafenspolitik aufgeben will: Hamburg wird neue Kooperationen mit den anderen großen Häfen in Deutschland eingehen müssen. Nur so könne man im inter-

nationalen Wettbewerb bestehen. Dies kündigte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) am Sonntag an. (Die Welt, 18.01.10)

Endlich - na endlich (!) könnte man aufatmen - wird die leidige Bürgermeisterkonkurrenz 'ad acta' gelegt und in Angriff genommen, was die Umweltverbände seit Jahr und Tag fordern: Schluss mit der Verschwendung von Naturressourcen und Steuergeldern durch Gründung einer Deutschen Bucht AG zur küstenweiten Koordinierung der Transportlogistik.

Doch zu früh gefreut, denn an den separaten Hafenausbauplänen und Flussvertiefungen wird festgehalten. Und weil den Küstenländern das Geld dafür fehlt, üben sie den Schulterchluss und fordern in einem gemeinsamen Brief an die Bundeskanzlerin Klarheit über konkrete Kredithilfen und Fördermöglichkeiten.

Rahmenbedingungen verbessern

Eine andere Entwicklung zeichnet sich bei den beiden größten deutschen Hafen-Logistikkonzernen ab:

Die Bremer "Eurogate GmbH & Co. KGaA, KG" und die "Hamburger Hafen und Logistik AG" (HHLA) wollen in Deutschland gemeinsam ein Netz von Terminals für den Containerumschlag im Binnenland aufbauen. Ziel sei es, die Rahmenbedingungen für maritime Transport- und Logistikketten im Hinterland der deutschen Seehäfen nachhaltig zu verbessern, teilt die HHLA am 29.01.10 in einer Presseerklärung mit. Und:

Wir bauen im Hinterland modernste Terminals, mit denen sich hohe Containermengen noch besser bündeln lassen! (Dr. Sebastian Jürgens, HHLA-Vorstand für die Segmente Intermodal und Logistik)

Wir wollen die hohen Qualitätsstandards der deutschen Seehäfen auch auf die Hinterland-Terminals ausweiten. (Emanuel Schiffer, Vorsitzender der Eurogate-Gruppengeschaftsführung)

Die "Eurogate" gehört je zur Hälfte der Hamburger "Eurokai KGaA" und der vom Land Bremen dominierten "BLG Logistics Group AG & Co. KG". Hamburg hält einen Aktienanteil von 63% an der HHLA, der Rest ist in Streubesitz.

Ob der Aufbau von Hinterland-Terminals sich auf die Güterverkehrszentren in den Seehäfen - z.B. auf den JadeWeserPort - auswirken könnte, wurde in dem Artikel allerdings nicht thematisiert.

Immerhin hält Ole von Beust für die Wilhelmshavener Berufseuphoriker ein Leckerli zum Männchenmachen hoch:

Wir brauchen aber enge Kooperationen mit Bremen und Wilhelmshaven. (Die Welt, 18.01.10) □

Frühstücken Partys Konzerte

KLING KLING

Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.
WHV - Zentrum

Hier spielt die Musik

Freitag, 12.02.10

b.o.s.c.h.
Industrial-Metal

Freitag, 26.02.10

VELVETONE
Roots-Rock & Rock'n'Roll

Mittwoch, 03.03.10

The Master of all One-Man Bands
Bob Log III
"My shit is perfect" Tour 2010
Blues-Trash!

Jeden Freitag:
"Lange Nacht der kurzen Glaser"
Saurer: 0,50 €
Tequila, Ouzo, Jägermeister: 1,00 €

www.kling-klang-whv.de
www.myspace.com/klingklang

Ratssplitter

vom 13.1.2010

abgestaubt von Imke Zwoch

Für Irritationen sorgte die "Zurückhaltung" von Eurogate, was die Inbetriebnahme ihres neuen Terminals in WHV angeht. Inhaltlich wurde um den Bebauungsplan zum Hafengroden kaum diskutiert, obwohl es kritische Stellungnahmen gibt, die unsere LeserInnen interessieren könnten – deshalb werfen wir noch mal einen Blick in die Unterlagen.

David vs. Goliath

Auf dem Neujahrsempfang hatte OB Menzel "vorsichtigen Optimismus" für die Hafengewirtschaft gespürt: "Die Dynamik des internationalen Seeverkehrs wird wieder anspringen." Dass die Eurogate als Betreiber des JadeWeserPorts den Umschlag erst zu einem späteren Zeitpunkt aufnehmen will als ursprünglich geplant, sei "für die Stadt Wilhelmshaven nicht akzeptabel" und das Land Niedersachsen gefordert, "sich gegen Eurogate durchzusetzen". FDP-Sprecher von Teichman hält eine solche Offensive für unklug. Menzel solle andere nicht öffentlich an den Pranger stellen, solange er nicht selbst bessere Informationspolitik mache.

BASU-Vertreter Tjaden versuchte das Ganze aus Sicht von Eurogate zu betrachten: "Wenn die Eurogate ein Problem hat, tut sie, was sie tun muss." Demonstrativ, man könnte auch sagen unhöflicherweise, las der OB derweil die HAZ und spielte mit seinem Handy. Abgesehen von einigen Anmerkungen zum Lärm- und Gefahrenpotenzial – s. u. – hatte nur FDP-Vertreter Radmer eine grundsätzlichen Vorbehalt: "Wo bleibt der Ersatz für den Geniusstrand?" Bis heute vermisst er das im Zusammenhang mit dem Hafenausbau zugesagte Tourismuskonzept.

Mehrheitlich beschloss der Rat den Bebauungsplan für den Hafengroden, bei 3 Gegenstimmen (Janssen/Linke, Tjaden, Oberbloibaum) und 2 Enthaltungen (Ender, Tholen).

Ausgewogen abgewogen?

Der Beschluss für den Bebauungsplan zum Hafengroden ist eigentlich kaum spektakulär, die Weichen wurden ja mit der Aufspülung gestellt, und dass außer den Verlade- und Transporteinrichtungen für Container auch noch "hafenauffines" Gewerbe draufgestellt wird, war klar. Hat auch Sinn, diese neue künstliche Fläche erstmal zuzubauen, ehe man den Voslapper Groden in Anspruch nimmt, der unter EU-Naturschutzrecht steht. Aber im Detail stecken doch kleine Teufelchen.

Weiter nördlich, im Bereich der neuen Bahnzufahrt, wurde zum Schutz der Vogelwelt bereits eine Lärmschutzwand errichtet. In Naturschutz-Fachkreisen wurde bezweifelt, ob die es wirklich bringen wird. Licht- und Schadstoffemissionen hält sie jedenfalls nicht von den geschützten Tieren fern und auch nicht von den Voslapper Einwohnern. Naturschutzgegner wiederum meckerten, für ein paar Vögel wäre sie viel zu teuer. Zumindest weiß man jetzt, dass die begrünten Fertigbauteile

deutlich weniger kosteten als ursprünglich gedacht.

Nun soll auch der südliche Teil des Voslapper Grodens durch eine Schallschutzwand gegen den Hafetrieb abgeschirmt werden. Die Untere Naturschutzbehörde forderte in ihrer Stellungnahme zum B-Plan 211, die Wand bereits vor Beginn der Bautätigkeiten im Hafengroden zu errichten. In der Abwägung der Stellungnahmen verfügte das Stadtplanungsamt jedoch, dass es reicht, die Wand fertigzustellen, bis der Gewerbebetrieb auf dem Hafengroden aufgenommen wird. Das ist fachlich unsinnig. Wenn man die Vögel schon durch den Baulärm vertrieben hat, braucht man sie vorm Gewerbelärm nicht mehr zu schützen und kann sich die Mauer schenken. Ein weiterer Knackpunkt sind Sicherheitsaspekte. Das zuständige Bergamt verweist auf nötige Sicherheitsabstände für diverse Leitungen im Bereich des Plangebietes, wie Erdgas-hochdruckleitungen (EWE), Ölleitungen (NWO) oder die Chlorgasleitung der Ineos.

Was ich nicht weiß ...

Das Gewerbeaufsichtsamt (GAA, Oldenburg) fordert in seiner Stellungnahme mehr Sorgfalt bei der Bewertung von Emissionen. "Bei den in Wilhelmshaven anstehenden Genehmigungsverfahren hat sich gezeigt, dass die bisherigen Betrachtungen der Auswirkungen auf Emissionen ausschließlich auf Wohngebiete ... nicht mehr ausreichen." Das Baugesetzbuch verlangt nämlich gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Emissionen, die im Hafengroden selbst und in umliegenden Industriegebieten entstehen, müssen also auch im Hinblick auf die Gesundheit der dort Beschäftigten betrachtet werden. Die Stadt räumt ein, diese Hausaufgaben nur teilweise erledigt zu haben. Man wisse ja auch noch nicht, wie der Hafengroden konkret genutzt wird. Ah ... das heißt ja wohl im Umkehrschluss, dass man trotzdem Emissionshöchstgrenzen festsetzen und die Nutzung im Interesse der Hafenarbeiter gegebenenfalls beschränken müsste, damit die Grenzwerte eingehalten werden! Da sollten die Gewerkschaften besser nochmal nachhaken.

Auch die mögliche Freisetzung von Chlor aus der INEOS-Chlorgasleitung sieht das GAA als kritisch an. Auch hier beruft sich die Stadt darauf, der B-Plan 211 sei nur eine "Angebotsplanung", ohne zu wissen, ob sich dort "schützenswerte Nutzungen" ansiedeln. In jedem Fall werden dort aber (schützenswerte) Menschen arbeiten, das soll ja Ziel der ganzen Übung sein. Was für ein Rumgeschwafel! ☹ Von Teichman griff diesen Punkt in der Sitzung kritisch auf: "Hier haben die Gutachter wohl ein Auge zugezückt." Dazu Ratsvorsitzender Schmidt: "Wenn wir uns nicht auf die Gutachter verlassen, können wir einpacken!" Tjaden verlässt sich nicht darauf. Teils durch eigene Messungen, teils durch subjektive Wahrnehmung kommt er zu dem Ergebnis, dass die Gesamtheit der Lärmbelastung durch verschiedene Industrieprojekte für die Anwohner im Stadtnorden nicht mehr zumutbar ist: "Ein Schritt fahrender Kohlenzug ist so laut wie eine startende Phantom."

Gute Idee!

Das GAA greift auch auf, was hiesige Umweltschützer mit Nachdruck gefordert haben: die Nutzung der Abwärme aus den benachbarten Kohlekraftwerken. Diese "sind gehalten,

PC-Notdienst

für Privat und Handwerk

☎ 04421-300 71 81

☎ 0162-6675049

entstehende Wärme an Dritte abzugeben, soweit dies zumutbar ist (§7 der 13. BImSchV)." Im B-Plan kann eine derartige Verpflichtung zwar nicht geregelt werden, das GAA empfiehlt deshalb einen entsprechenden Städtebaulichen Vertrag. Das Stadtplanungsamt beauftragt sich in dieser Sache erneut darauf, dass die Nutzung des Hafengroden bislang nicht konkretisiert ist. Merkwürdig, auf der einen Seite wird behauptet, die Investoren würden schon Schlangen stehen, aber im Zweifelsfall weiß man dann überhaupt nicht, wer sich da so ansiedeln will...

Seveso – nie vergessen!

Schließlich mahnt das GAA die Einhaltung der sogenannten Seveso-Richtlinie an. Wir erinnern uns an den schweren Industrieunfall im italienischen Ort Seveso von 1976. Hunderte Menschen wurden evakuiert, trotzdem erkrankten viele an schwerer Chlorakne, die Zahl der Todesopfer durch später folgende Krebserkrankungen ist unbekannt. 1982 erließ die Europäische Gemeinschaft die erste Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso-I-Richtlinie). Nach dem noch folgenschwereren Unglück in Bhopal, Indien, mit bis zu 25.000 Toten und mindestens 500.000 Verletzten, wurde die Richtlinie mehrfach überarbeitet. Die Seveso-II-Richtlinie schreibt für relevante Industriebetriebe u. a. vor, regelmäßig Sicherheitsberichte sowie interne und externe Notfallpläne zu erstellen - und zu Wohngebieten und Naturschutzgebieten einen angemessenen Sicherheitsabstand einzuhalten. "Diesbezügliche Betrachtungen finden sich jedoch nicht in der Begründung zum Bebauungsplan 211, obwohl bereits aus dem Planfeststellungsbeschluss für die 'Infrastruktur' des JadeWeserPorts vom 15.3.2007 hervorgeht, dass dort auch Gefahrstoffe / Gefahrgüter umgeschlagen und zwischengelagert werden sollen", wundert sich das GAA und erinnert an ein Gespräch, in dem Eurogate einräumte, dass schon im Bereich des eigentlichen Containerterminals / B-Plan 210 "durchaus mit Gefahrgütern in einer Größenordnung der Mengenschwellen der Störfallverordnung zu rechnen ist". Was bedeutet: "Somit sind ggf. Nutzungsbeschränkungen für angrenzende Bereiche des B-Plans 211 nicht auszuschließen." So ein Mist auch! Schon wieder Nutzungsbeschränkungen. Am Ende dürfen nur Container mit Gartenzweigen umgeschlagen werden! Doch hier (anders als bei der Abwärmenutzung der Kraftwerke) sieht sich die Stadt in der Lage, jetzt schon einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen, in dem sich der Eigentümer des Plangebiets verpflichtet, dort keine Nutzungen anzusiedeln oder zuzulassen, die hinsichtlich Seveso II Probleme verursachen. Stadtplaners Wege sind unergründlich ...

Mal einig

Seit geraumer Zeit versucht die Stadt, sich um einen Teil der Kosten zu drücken, die sie Hartz IV-Empfängern für die Unterkunft zahlen

müsste. Dazu gibt es ein noch laufendes Gerichtsverfahren.

Umso ärger, dass sich der Bund zukünftig noch weniger als bisher an diesen Kosten beteiligen will. Einstimmig verabschiedete der Rat eine Resolution an die Bundesregierung des Inhalts, dass der Anteil an der Kostenübernahme nicht sinken darf und ein Abrechnungsverfahren zu entwickeln ist, das der tatsächlichen Belastungssituation (der Stadt) entspricht. Pikant ist dabei, dass die Abrechnung der Stadt ebenfalls nicht der tatsächlichen Belastungssituation (der betroffenen Hartz-IV-Empfänger) entspricht – genau darum dreht sich das Gerichtsverfahren.

Gute Idee II

Der CDU war zu Ohren gekommen, dass viele Grabsteine auf deutschen Friedhöfen aus Steinbrüchen in Indien stammen, wo vielfach Kinder unter miserablen Bedingungen arbeiten. Die christlichen Demokraten forderten deshalb eine Änderung der städtischen Friedhofssatzung derart, dass Grabsteine aus Kinderarbeit nicht mehr aufgestellt werden dürfen. Die Verwaltung wies allerdings darauf hin, dass zuvor eine Änderung der niedersächsischen Friedhofssatzung notwendig sei. Kaum überraschend war ein Redebeitrag, der fast standardmäßig in vergleichbaren Diskussionen auftaucht: Es sei doch besser, die indischen Kinder könnten durch ihre Arbeit im Steinbruch ihre Familien ernähren als gar nichts zu haben. Später gab es noch einen WZ-Leserbrief, wonach Friedhöfe eine pietätvolle Angelegenheit sind, in der ein solches Politikum nichts zu suchen habe. Ruhe sanft, auch wenn Kinder dafür bluten? In der Begründung des CDU-Antrags war dazu eigentlich alles gesagt: "Wer aber Pietät einfordert und sich zu seiner ethischen Verantwortung als politisch denkender Mensch bekennt, kann und darf nicht akzeptieren, dass ausbeuterische Kinderarbeit durch die Hintertür von Seiten der Kommune toleriert oder gar gefördert wird." Bis zur Änderung der Satzungen wird noch viel Zeit ins Land gehen, die man sinnvoll dafür nutzen könnte, Steinmetzbetriebe und deren Kunden für das Thema zu sensibilisieren. □

Lang lebe die Landesbühne!

Wie man der Finanzschraube mit Trotz und Qualität begegnet

(iz) 2007 hat die Landesregierung die Zuschüsse für die Landesbühne Niedersachsen Nord vertraglich für 5 Jahre gedeckelt. Inzwischen bringen Tariferhöhungen und Sachkostensteigerungen die Bühne trotz effizienter Arbeitsweise an den Rand des Ruins. Unterstützt durch die gesamte Region kämpft das Theater für realistische Zuschüsse.

Klare Worte adressierte Intendant Gerhard Hess bei einer Krisen-Pressekonferenz Anfang Januar nach Hannover: "Wenn sich die Landesregierung kulturpolitisch aus der Fläche verabschieden will, muss sie dies den Menschen auch sagen." Die 16 Kommunen des Zweckverbandes steuern jährlich 1 Mio Euro zum Haushalt der Landesbühne bei, 3 Mio Euro kommen vom Land, 1,5 Mio muss das Theater selbst an Einnahmen erzielen. Zusätzliche Landesmittel gibt es nur, wenn sie durch Spendengelder gegenfinanziert werden. Für die aktuelle Spielzeit konnten aber nur 80 000 Euro statt der erforderlichen 150.000 Euro eingeworben werden. Weil gleichzeitig die Kosten (darunter 80% tarifvertraglich geregelte Personalkosten) für das Theater gestiegen sind, wird bis 2011 mit einem Defizit von 900.000 Euro gerechnet.

Die Landesbühne ist fest in der Soziokultur der Region verwurzelt. Sie bewegt sich nicht im künstlerischen Elfenbeinturm, sondern arbeitet mit vielen Institutionen zusammen, nimmt ihren Bildungsauftrag ernst, ermöglicht allen sozialen und Altersgruppen eine Teilhabe. 110 Mitarbeiter sind für rund 500 Vorstellungen pro Jahr und darüber hinausgehende Aktivitäten erforderlich. "Ein junger Schauspieler verdient zu Anfang gerade 1600 Euro brutto im Monat", sagt Hess, der nicht mehr weiß, wo er noch sparen soll und sich "im Würgegriff der Landesregierung" fühlt. "Wir waren bis 2007 ein extrem effizientes Theater. Das Land hat uns ins Trudeln gebracht." Die Landesbühne spielt 30% ihrer Kosten selbst ein und liegt damit in der Spitzengruppe der deutschen Theater. Zweckverbandsvorsitzender Walter Theuerkauf fordert, das Land solle den Eigenbetrag nicht mehr deckeln sowie für 2011 nicht mehr auf eine Gegenfinanzierung durch Spenden bestehen.

Auch andere niedersächsische Bühnen, wie die Stadttheater in Lüneburg, Celle, Göttingen und Osnabrück, sind von der Entwicklung betroffen. "Kommunale Theater und Landesbühnen ... erhalten Landesförderungen auf der Grundlage von Zielvereinbarungen, die den Einrichtungen Planungssicherheit bis einschließlich 2011 gewährleisten", so die Darstellung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Im Mittelpunkt der "Zielvereinbarungen" steht offensichtlich "Sparen", und bei festgeklopften Zuschüssen ohne dynamische Anpassung an extern verursachte Kostensteigerungen kann man sich die "Planungssicherheit" an die Backe schmieren.

Existenzfrage

"Zusätzlich hat das Land Niedersachsen ein Programm zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten der Theater ... aufgelegt", tönt es weiter aus dem Ministerium. "Für jeden Euro, den die Einrichtungen von Bürgerinnen und Bürgern zugunsten der Angebote für Kinder und Ju-

gendliche zur Verfügung gestellt bekommen, gibt das Land einen Euro dazu." "Bürgerchaftliches Engagement" bedeutet also nicht private Spenden selbstgehälter Klorollenhüte für die zeitgenössische Ausstattung der "Meta"-Party, sondern Bares. Theuerkauf findet es "kulturpolitisch höchst bedenklich, die Existenz einer solchen Einrichtung von einem privaten Spendenaufkommen abhängig zu machen". Erst recht in einer sozial und wirtschaftlich schwachen Region wie Ostfriesland. Die institutionelle Förderung müsse in Deutschland weiterhin von der öffentlichen Hand kommen. Die Trägerkommunen wollen ihren Beitrag bis 2011 um insgesamt 450.000 Euro erhöhen. Das Land solle nun diese kommunalen Gelder bürgerschaftlichem Element gleichsetzen und in gleicher Höhe aufstocken, womit das erwartete Defizit von 900.000 Euro abzudecken wäre. "Ohne einen neuen Vertrag über Landeszuschüsse stellt sich die Existenzfrage des Theaters."

Kreativer Protest

720.000 Menschen leben im Spielgebiet der Landesbühne, die jährlich etwa 100.000 Besucher zählt. Der Zuschuss liegt bei 4 Euro pro Einwohner, in der Region Hannover um ein Vielfaches höher. Kultur ist ein Teil der Lebensqualität, ihr Fehlen beschleunigt die Abwanderung in besser ausgestattete und bezuschusste Regionen. "Niedersachsen ist geprägt von einer bunten und qualitativ hochwertigen Theaterlandschaft. In der Erkenntnis des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen der Förderung einer vitalen Theater- und Musikszene und der Schaffung eines kreativen Innovationsklimas in Niedersachsen fördert das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst Theater-einrichtungen und Projekte", so verquast steht es auf der Seite des Ministeriums zu lesen.

Der mörderische Sparkurs fördert in der Tat ein "Kreatives Innovationsklima": Die Landesbühne begnügt sich nicht damit, über Eingaben des Trägerverbandes um eine realistische Finanzierung zu kämpfen. Bei den Auführungen liegen Unterschriftenlisten für eine Petition an die Landesregierung aus, die hoffentlich möglichst viele Zuschauer/innen unterschreiben. Und am Ende jeder Aufführung von "Meta" skandiert das Publikum "Lang lebe die Landesbühne" (schon bei der Premiere sehr überzeugend!) und der Mitschnitt wird dann jedes Mal elektronisch nach Hannover übermittelt. Zudem kann natürlich jede/r per Post oder Email die Politik zum Umsteuern auffordern. Wir wünschen viel Erfolg!

Über die Post empörter Theaterfreunde freut sich ganz sicher nicht: Lutz Stratmann, Nds. Minister für Wissenschaft und Kultur, Leibnizufer 9, 30169 Hannover, Tel.: 0511 / 120-2402, Fax: 0511 / 120-2622, E-Mail: Lutz.Stratmann@mwk.niedersachsen.de □



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Meta-Morphose

Geschichte und Siegeszug eines Rockmusicals

(iz) Alles begann vor 3 Jahren mit einer Ausstellung im Schlossmuseum Jever. Das Musical "Meta, Norddeich" knüpft an diese Aufarbeitung vergangener Jugendkultur und den damit verbundenen Hype an. Der Streifzug durch die Musik gewordene Aufbruchstimmung der 1960er und 70er Jahre ließ die Theatermacher in Geschichte und Gefühle mehrerer Generationen von Menschen unserer Region eintauchen.

Keine Frage: Die Ausstellung "Break on through to the other side" über die Musikclubs und Diskotheken der Weser-Ems-Region ist für Theaterleute eine Steilvorlage, die ihresgleichen sucht. 2007 eröffnet, wurde die Ausstellung mehrfach verlängert und zählt bis heute über 70.000 BesucherInnen. Exponate, Videos und Katalog liefern schon ohne vertiefende Recherche eine umfassende Stoffsammlung. Ausstellung und Publikum schreien geradezu nach einer Bühnenadaption. Der Verkaufserfolg war absehbar, das Risiko gering. Selbst die grottigste Umsetzung durch eine Laienbühne hätte vermutlich ihre Anhänger gefunden. Doch glücklicherweise haben Profis den Steilpass angenommen. Und natürlich haben sie noch weiter an den Quellen geforscht.

Break on through ...

Wer die Ausstellung nicht kennt, sollte dies schleunigst nachholen oder sich zumindest den Katalog dazu besorgen. Niemand, der in unserer Region mal richtig jung gewesen ist oder sich so gefühlt hat (oder heute noch fühlt), wird sich dem Bann entziehen können. Einige Stätten des "Progressiv, Underground oder Subkultur" existieren bis heute, andere drohten in Vergessenheit zu geraten: Ob "Voom Voom", "Flash" oder "Palazzo" in Wilhelmshaven, das "Tunis" in Marx, das Alte Fehnhaus (Ostgroßefehn), Wilkenjohanns, Newtimer (Zetel), Etzthorner Krug, Ede Wolf, Renaissance (alle Oldenburg) oder die Scala und das Charts im Oldenburger Münsterland: Viele hatten dort ein zweites Zuhause, wo man vor den unverbesserlichen Eltern und Lehrern (fast) sicher war, und fand mit den "ungewöhnlichen Persönlichkeiten und zum Teil skurrilen Protagonisten", die dort arbeiteten, selbstgewählte Vorbilder.

Meta Rogall nahm darunter eine Sonderstellung ein: Als eine der Ersten hatte sie den richtigen Riecher und den Mut, zu jener Zeit und dazu fern der Metropolen einen Live-Musikclub aufzuziehen. Im Sommer 1960, noch bevor die Beatles ihren ersten Auftritt in Ham-

burg hatten, verwandelte sie das elterliche Ausflugslokal "Haus Waterkant" in Norddeich in einen der angesagtesten "Schuppen" zwischen Amsterdam und Hamburg. Acht Jahre später erkannte sie wieder die Zeichen der Zeit und stellte auf Discobetrieb um, allerdings ohne vollständig auf Livekonzerte zu verzichten.

Inzwischen ging man nicht mehr ins "Haus Waterkant", sondern einfach zu "Meta..." Höchstpersönlich schob die Wirtin einen Kinderwagen voller Getränke durch den Laden. Wer nichts bestellte, bekam was zu hören. (Wem das Taschengeld ausging, der hielt sicherheitshalber eine mitgebrachte leere Bierflasche in der Hand). Bei aller Warmherzigkeit war Meta eine kluge Geschäftsfrau, wenn gleich ihr Club ein wichtiger soziokultureller Kommunikationspunkt inmitten des gesellschaftlichen Umbruchs war. Auch die Verträge mit den Musikern waren knallhart. Kost und Logis im Hause wurden von der Gage abgerechnet, außerdem keine "Weibergeschichten" (außer mit der Wirtin selbst ... sagt man). Trotzdem blieben die "Twilights", die erste Londoner Band, die sie 1965 engagierte, gleich ein ganzes Jahr (Gitarrist Bob Gray ist heute in Schortens verwurzelt). Die Gäste liebten Meta trotz ihrer manchmal schroffen Art, während konservative Kreise das Lokal misstrauisch beäugten. Schließlich wurde dort nicht nur Tabak geraucht und scheußliche "Negermusik" gespielt. Zwischendurch hatte sie, wie auch andere Betreiber vergleichbarer Lokale, immer wieder Ärger mit den Behörden bis zu einer kurzfristigen Schließung "wegen Drogen". Zum einmaligen Interieur, das sich, weit entfernt von heutiger durchgestylter Eventgastronomie, eher aus Sperrmüll zusammensetzte, gehörten die selbstgebauten Barhocker aus Pferdesätteln und ein furchtbar fluchender Papagei. Meta Rogall verstarb erst 59jährig im September 1994 an einer Krebserkrankung. Seitdem führt ihr Sohn Sven das Haus unter dem Namen "Meta's Musikschuppen" weiter.

Eine Fülle von Details mit historischem und Wiedererkennungswert galt es also auf 2 Stunden Spieldauer zu verdichten.

Glücksgriff Bartsch

Mit Hauptdarstellerin Angelika Bartsch hat die Landesbühne einen Glücksgriff getan. Der Oberspielleiter kannte sie aus seiner früheren Arbeit als Mrs. Peachum in der Dreigroschenoper. Schon Figur, Frisur und Maske schaffen ein sehr authentisches Bild, aber Ziel sollte nicht sein, musikalisch gesprochen, Meta zu "covern" (also krampfhaft zu kopieren), sondern mit eigenen Mitteln einen "Tribute" für Meta Rogall zu schaffen – was gelungen ist. "Frau Bartsch bringt viel mit, aber ist auch offen für die gemeinsame Entwicklung der Rolle", schwärmen Regisseur und Dramaturg. Angelika Bartsch ist eine "Die", aber keine "Diva". Sie spielt, auch ge-

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

sanglich, in einer anderen Liga als das Stammensemble, aber keinen absichtlich an die Wand – sie ist Teil eines Teams, das sie mitzureißen versteht.

Richtig zeigen darf sie ihr Können allerdings nur zeitweise. Vor allem der erste Teil des Musicals ist stellenweise ziemlich flach und klamaukig. (Merke: Der echte Ostfrieser beherrscht den feinen Humor und muss nicht zur Zote greifen!) Insgesamt gehen die Bewertungen der Zuschauer weit auseinander. Von totaler Begeisterung (die gefühlte Mehrheit) bis zu "doof, albern, überflüssig" war alles zu hören. Die Erfolgs-Entscheidung fällt letztlich am Kartenschalter: Bei Redaktionschluss waren sämtliche Vorstellungen ausverkauft (bis auf Restkarten für die Aufführungen im Kurtheater Norderney am 15.02. und 23.03.2010).

Gelungen ist auf jeden Fall das Bühnenbild, plakativ und klar wie der Norden selbst. Ein sehr grüner gerader Deich vor einem sehr blauen oder sehr nächtlichen Himmel, dazwischen ein sehr authentischer Schafzaun mit Wollresten. Die Gratwanderung zwischen Symbolik und Klischee gelingt jedoch nicht immer. Der geflügelte Strandkorb auf dem "Stairway to Heaven" hat schon was von einem surrealistischen Radziwill-Gemälde; der bayerische Tourist auf der Suche nach dem Wasser war doch eher abgedroschen.

Über die wunderbare musikalische Begleitung durch vier junge Musiker aus Oldenburg gibt es nichts zu diskutieren. Regisseur Ingo Putz ist erst Mitte dreißig und selbst Musiker. Er musste gleichzeitig ein Stück Biografie erzählen, um die Erwartungen der "Meta"-Fans zu bedienen, und ein wichtiges Stück Kulturgeschichte der Nachkriegszeit thematisieren. Mit wieviel Liebe und Enthusiasmus er sich auf seine Aufgabe gestürzt hat, zeigt sich im kleinsten Detail bis hin zum Programmheft, das einer Schallplatten-Single nachempfunden ist, mit Fotos aus der Sturm- und-Drang-Zeit der Beteiligten.

Die Premiere ging mit Zugaben und Session mit Bob Gray fließend in eine ausgelassene Party mit DJ Wolle Willig über. Dabei entstanden nette Videos von rockenden Intendanten und Oberbürgermeistern, die wir gegen eine angemessene Spende gern bei Youtube einstellen und gegen eine noch großzügigere Spende gern wieder löschen. ☺

Literaturtipps: Werner Jürgens "Komm wir geh'n zu Meta..." und "Break on through to the other side", Katalog zur Ausstellung im Schlossmuseum Jever.



Viel Theater – viel Kultur

Schnee, Trashkantine, Bittere Tränen und Hikikomori mit den Augen des Gegenwind betrachtet

(iz) Die Landesbühne trotz der Eiszeit im Landes-Kulturretat mit einem heißen Start in die zweite Hälfte der Spielzeit. Passend zur Großwetterlage ziehen sich Schnee und Eis als weißer Faden durch die Aufführungen.

Die Angst vor dem Fremden

Wie bringt man den über 500 Seiten starken Roman eines Nobelpreisträgers in 2 Stunden auf die Bühne? Regisseur Christian Hockenbrinck hat zuerst stark gefremdelt, als die Landesbühne ihm antrug, Orhan Pamuks "Schnee" als Theaterstück umzusetzen. Dem Ergebnis war das nicht abträglich, widmet sich der Stoff doch dem Thema "Fremdheit". Den türkischen Dichter Ka (Ähnlichkeiten mit Bert Brechts "Herr K(euner)" sind kaum zufällig) verschlägt es nach 12jährigem Exil in Frankfurt nach Kars, im äußersten Nordosten der Türkei. Dem westlich geprägten Istanbuler sind seine dortigen Landsleute kaum weniger fremd als die Deutschen. Die skurrilen Figuren, denen Ka im vom Schnee abgeschnittenen Kars begegnet, spiegeln die Vielfalt und Zerrissenheit der türkischen Gesellschaft. Zwischen Wärme und Brutalität, zwischen den Extremen des strengen Glaubens und des vom Militär überwachten Kemalismus existiert eine Bandbreite von Orientierungen, die Pamuk dem Leser vor die Füße wirft, ohne plakativ eine Richtung vorzugeben. "Mein Buch ist ein vielstimmiger Roman, in dem ich die einzelnen Stimmen nicht kommentiere." Gleichwohl bekennt sich der Autor offen zur säkularen Demokratie, weshalb er im eigenen Land höchst umstritten ist. Kritische Äußerungen zu dem bis heute offiziell totgeschwiegenem Genozid an den Armeniern und Morden an der kurdischen Bevölkerung brachten ihm ein Verfahren wegen "Beleidigung des Türkentums" ein.

Es ist keine leichte Kost, die Pamuk und auch die Landesbühne da servieren. Eigentlich muss man mindestens zweimal lesen und schauen, um das dichte inhaltliche Geflecht und dessen künstlerische Aufbereitung zu erfassen. Grundkenntnisse der türkischen Geschichte, Politik und Kultur sind durchaus von Vorteil. Ein kompakter Abriss im Programmheft leistet allen Hilfe, die außer Döner

und Badeurlaub bisher wenig von der Türkei kennen.

Mit Folklore hat die Inszenierung nichts am Hut. Das karge Bühnenbild (Julia Plickat) ist nicht der Sparpolitik des Kultusministers geschuldet. Der Boden ist mit Zeitungen ausgelegt, die in erster Linie die Rolle der Medien im gesellschaftlichen Diskurs der Türkei repräsentieren, aber darüber hinaus im Laufe der Handlung unterschiedlichste Funktionen erfüllen. Blitzschnell entstehen aus den Blättern Teetassen, Zigaretten, Bärte oder Kopfbedeckungen. Ansonsten wenige Requisiten, darunter nur der Schleier als zentrales Symbol, und eine sparsam eingesetzte Schneemaschine; den Rest muss die winterliche Kullisse vor der Tür leisten, um sich emotional in die isolierte Situation des Geschehens zu versetzen.

Eine leicht verdauliche Aufbereitung des Buches dürfen die Zuschauer nicht erwarten. Andersherum: Durch die weitere Verfremdung im Stil des epischen Theaters haben Hockenbrinck, Dramaturg Marc-Oliver Krampe und das Ensemble den Kern der anspruchsvoll-sperrigen Literaturvorlage getroffen. Das dekorative Drumherum wie Kleidung, Essen, Landschaft bietet zwar meist den ersten Zugang zu anderen Kulturen, aber auch die Gefahr, in folkloristischen Klischees hängen zu bleiben, und spielt wohl deshalb auch bei Pamuk nur eine nachgeordnete Rolle. Buch und Stück fordern dem Publikum eine tiefere, echte Auseinandersetzung ab.

In diesem Sinne suchte und fand die Landesbühne auch die konkrete Verortung in Wilhelmshaven. Schon während der Arbeit am Stück gab es enge Kontakte zum türkisch-islamischen Kulturverein, zur Migrationsberatung, zum christlich-muslimischen Arbeitskreis und zur Christus- und Garnisonkirche. Bei der Premiere boten Informationsstände Gelegenheit, mit den Institutionen in Kontakt zu treten. Im Anschluss an eine weitere Vorstellung lud Krampe deren Vertreter und das Publikum zum Gespräch ein. Dabei wurde deutlich, dass es noch viele Brücken zu bauen gilt. Kultur und Religion, Islam und Islamismus wurden in den Beiträgen bunt durcheinandergeworfen. Und während Frau Kaya vom Kulturverein herzlich zum Besuch der Moschee in der Admiral-Klatt-Straße einlädt, hat Pastor Frank Morgenstern Probleme, muslimische Kinder des Christuskindergartens zum gemeinsamen Kirchenbesuch zu bewegen. Wohl gemerkt, nicht alle: Frau Kaya bestätigte, dass es innerhalb der Elternschaft ihrer Glaubensrichtung sehr unterschiedliche Auffassungen dazu gibt. Interessant die Frage, ob Buch und Stück sich konkret einem (deutsch)-türkischen bzw. europäischen Thema widmen oder auch global übertragbar sind. Isolation oder "Diaspora" (Morgenstern) führen auch andernorts zu extremen Erscheinungsformen kultureller Abgrenzung. Doch zweifellos nimmt die Türkei unter den vom Islam geprägten Staaten durch den (eigentlich) verfas-

sungsmäßig verordneten Laizismus (Trennung von Staat und Religion) eine Sonderrolle ein. Und Kars ist nicht beliebig austauschbar gegen andere Orte: "Ich wollte einen politischen Roman schreiben, und alle Hauptkräfte der Türkei fand ich in Kars: Islamisten, türkische Nationalisten, kurdische Nationalisten, Kirche, Armee, verschiedene ethnische Gruppen und auch islamistische Fundamentalisten. Deshalb habe ich meine Geschichte in genau dieser Stadt angesiedelt", so Pamuk. Doch sieht er grundsätzlich Romane als Annäherung an das "Andere", sie "befreien uns von unserer Angst vor dem Fremden". Mit "Schnee" hat die Landesbühne einen Teil dazu beigetragen.

Eine Steilvorlage

für die Vertiefung des Themas boten die Schweizer: "Mi-na-rett-ver-bot" schallte es Ende 2009 vom schneebedeckten Matterhorn durch die Welt. In einer Volksabstimmung war es den Schweizern gelungen, ihr Käseglocken-Paradies gegen böse Symbole fremder Einflüsse abzuschirmen. "Sind die Schweizer noch zu retten?", fragten sich nicht nur die Schweizer Aom Flury und Peter Hilton Fliegel, die derzeit politisches Asyl bei der Landesbühne genießen. Im "Roten Salon" (der passend in die "Trashkantine" verlegt wurde) wagten sie eine satirische Analyse der Befindlichkeit ihrer Landsleute. Zur Einstimmung gab es eine Erzählung auf Schweizerdeutsch, die ebenso verständlich war wie der anschließend eingespielte Ruf des arabischen Muezzins. Damit waren die Fronten schon mal klar. Die nachfolgende "Schweizer Flurbereinigung" entfernte alles nicht Heimische aus dem grünen Alpenland und hinterließ eine Wüste. Und wie steht es grundsätzlich um die Gastfreundschaft, nicht nur gegenüber Muslimen? Verzweifelt zerbricht ein deutscher Wanderer bei dem Versuch, von einem Schweizer eine Wegbeschreibung zu bekommen. (Anm. iz: *Mir hat mal ein Schweizer seine nagelneue Straßenkarte geschenkt, als ich keinen Ausweg nach Deutschland fand. Mit dem Erklären hat es eben nicht so geklappt ...*) Zum bunten Programm gehören auch sehr gegensätzliche Kommentare aus den Medien u. a. des Inhalts, ob "political correctness" überhaupt noch zeitgemäß ist - schließlich dürfen Schweizer Touristinnen auch nicht im Bikini durch Teheran City spazieren! Das letzte Wort hatte Friedrich Dürrenmatt, nach dessen Theorie die Schweiz einfach ein großes Gefängnis ist und die Häftlinge gleichzeitig die eigenen Wärter sind ... Fehlte nur noch Martin Suter, der seinen Eidgenossen gern boshaft auf den Zahn fühlt, aber eine Stunde ist schnell vorbei. Die nächste "Trashkantine" gibt's am 12.2. zum Thema "Nichts ist scheißer als Platz 2" - ein Muss für alle Fußballfreunde.

Eiseskälte

Passen "Die bitteren Tränen der Petra von Kant" von Rainer Werner Fassbinder aus dem Jahr 1974 noch in unsere Zeit? Die Zweifel eines Pressekollegen kann ich nicht teilen. Erstens ist Fassbinder ein moderner Klassiker, und ein Klassiker hat immer die Aufgabe, gesellschaftliche Themen der Vergangenheit lebendig zu halten, wobei Bezüge zur heutigen Zeit nie ausgeschlossen sind. Käme ja auch keiner auf die Idee, Schiller oder Büchner ►

MUDDY'S live MUSIK

ROCK-BLUES & more

RHEINSTRASSE 94

<p>DONNERSTAG 20 UHR</p> <p>★ 10.02.2010 LIVING CROUT</p> <p>★ 17.02.2010 SCHAPKA TRIFFT BOLSCHAKOV</p> <p>★ 24.02.2010 THOMAS KÜMPER</p>	<p>SAMSTAG 20:30 UHR</p> <p>★ 06.02.2010 BLUE PIGS</p> <p>★ 13.02.2010 THE 1.VAGABOND ORCHESTRA</p> <p>★ 27.02.2010 MICHAEL DÜHNFORD & THE NOISE BOYS</p>
--	--

Alle Veranstaltungen beginnen pünktlich zu den angegebenen Zeiten!!!
Telefon 04421 7786548 E-MAIL muddy@hotmail.de
Web: <http://www.myspace.com/muddyswhv>

ihre Existenzberechtigung auf modernen Bühnen abzusprechen. Zweitens ist Fassbinders bittersüß sezierende Analyse verkorkster Beziehungen und verlogener Lebensentwürfe (nicht nur) im Jet-Set auch heute noch zutreffend. Er war damals einfach seiner Zeit voraus. Wer hat es in dieser piefigen Zeit schon gewagt, gleichgeschlechtliche Beziehungen auf der Bühne zu thematisieren? Nicht zu vergessen: Der §175 des deutschen Strafgesetzbuches stellte noch bis 1994 (!) homosexuelle Handlungen unter Strafe. Betroffen waren zwar ausschließlich Männer – erst zu nehmende Beziehungen zwischen Frauen entzogen sich vermutlich der Vorstellungskraft der reaktionären Gesetzgebung. In Fassbinders Werk spielen Frauen, ob hetero, homo oder bi, eine zentrale Rolle. Und auch "Schnee" – ohne Unmengen von Kokain hätte er den Marathon von über 40 Filmen und Theaterstücken in 16 Jahren kaum geschafft; in einer tödlichen Mischung verschiedener Drogen setzte es schließlich seinem Leben und Werk ein viel zu frühes Ende.

Eiseskälte strahlen schon Bühne und Kostüme (Frank Albert) im Studio des Jungen Theaters aus. Viel zu weiß, um wirklich rein zu sein. Durchbrüche in der Wand verschaffen Einblicke von außen, ermöglichen aber keinen leichten Zugang oder Ausweg. Selbst zerknüllte weiße Entwurfsblätter am Boden gehören zur inszenierten Ordnung dieser Designerbude, in der Petra von Kant (Julia Blechinger) sich selbst gefangen hält. Innerlich muss die beruflich erfolgreiche Modedesignerin allerdings dringend aufräumen. Einmal verwitwet, einmal geschieden, umgeben von falschen Freunden und gleichzeitig Lichtjahre entfernt von ihrer eigenen Familie, Tochter wie Mutter, sucht sie das ultimative private Glück bei einem jungen Model. Das scheinbar naive Objekt ihrer Begierde versteht es jedoch schnell, die ungesunde Symbiose für sich

auszunutzen ... Rasant treibt Regisseurin Eva Lange ihre Darstellerinnen und das Publikum durch eine Achterbahn der Gefühle. In den Zeiten von Hartz IV und Wachstumsbeschleunigungsgesetz, wo der Mensch als Mensch zur Bedeutungslosigkeit verkommt, verdient Fassbinders Petra von Kant nicht nur als Klassiker ihren Platz auf der Bühne.

Weitere Aufführungen: Fr. 12.02. / Sa 13.02. / Fr 26.02. / Sa 20.03. / Sa 27.03. jeweils 20 Uhr, Junges Theater, Rheinstr. 91.

Eiskalt läuft es einem auch bei Hikikomori von Holger Schober über den Rücken.

Außer Betrieb

Schon nach 5 Minuten begreift man, warum H. sich seit 8 Jahren von der Welt abschottet: Er will nicht mehr müssen, außer aufs Klo, der einzige Grund, überhaupt noch sein Zimmer zu verlassen. "Du musst Du musst Du musst" dröhnt es in den Ohren. "Du musst ein Auto haben, du musst ein Haus haben ... du musst ein Ferienhaus in der Toskana haben ... du musst einen multinationalen Konzern haben, du musst zwei internationale Konzerne haben, du musst sie zusammenlegen, du musst 40.000 Leute entlassen ..." Doch es sind nicht nur die gnadenlosen Spielregeln des Kapitalismus, die ihn verzweifeln lassen. In seinem einstündigen Fast-Monolog erfährt man, dass er schon immer der Loser war. Auf dem Fußballplatz war er nicht der Held, sondern Zuschauer. Und sein erster und einziger Kontakt zu einem Mädchen ging voll peinlich in die Hose.

H. ist ein Hikikomori. So nennen die Japaner Menschen, die sich mindestens 6 Monate zu Hause einschließen. H. kommuniziert nur noch elektronisch: chatten, skypen, selbst mit seiner Mutter verkehrt er über Videobildschirm. Die gehört zu jener Sorte Mütter, die ihren Sohn am liebsten immer bei sich ha-

ben, auch wenn er schon Mitte 20 ist, weshalb sie unter der Situation leidet, aber ihn trotzdem weiter bekocht und auch sonst nichts unternimmt, um diese ungesunde Symbiose zu beenden.

H. war schon immer ein Robinson, auch in der echten Welt hat ihn niemand wahrgenommen. (Bis auf drei Mitschüler, die ihn mit Steinen bewarfen. Da spürte er erstmals ein warmes Gefühl im Bauch, denn: Sie haben IHN gemeint!) Es macht keinen Unterschied, ob drin oder draußen, er fühlt sich sowieso unsichtbar. AUSSER BETRIEB steht auf einem Aufkleber an seinem Bett. Eine riesige Weltkarte an der Wand und Vivaldis "Vier Jahreszeiten" reichen ihm für die verschwommene Wahrnehmung, dass da draußen noch was existiert.

Als er im Chatroom das Mädchen Rosebud kennen lernt, scheint sich das Blatt zu wenden, die warmen Gefühle zurückzukehren. Sie will für ihn da sein. "Du musst dich nur melden ... du musst dich nur melden ..." schreibt sie ihm wieder und wieder. DU MUSST DU MUSST DU MUSST ...

In Hikikomori geht es um viel mehr als computersüchtige junge Leute. Es geht um Leistung und Loser, um Ansprüche und Forderungen, Versagens- und Zukunftsängste. Die Inszenierung unter Regie von Markus Steinwender ist grandios. Im stimmigen Rahmen aus Bühne und Kostümen (Elke König), Musik und Beleuchtung spielt sich Jaques Freyber die Seele aus dem Leib und haut einem den dichten Text um die Ohren, dass es nur so kracht. Unbedingt anschauen!

Weitere Aufführung: So 28.2. 20 Uhr, Junges Theater, Rheinstraße 91. □



Anzeige

Ortsverbände

Seit unserer Kreismitgliederversammlung am 16. Januar existieren sie nun ganz offiziell: unsere Ortsverbände.

Schon vor einiger Zeit gründeten sich kurz hintereinander erst der Ortsverband Nordwest, dann der Ortsverband Südost. Beide Untergliederungen arbeiten auch schon; jetzt sind sie bestätigt und haben eine Satzung.

Seit gut zweieinhalb Jahren existiert die Partei DIE LINKE nun; den Kreisverband Wilhelmshaven gibt es seit Oktober 2007. Solange unsere Mitgliederzahl einigermaßen konstant bei ca. 50 lag, stellte sich die Frage nach einer Untergliederung nicht. Vor und nach der Bundestagswahl konnten wir uns jedoch über zahlreiche Beitritte freuen, und einige unserer neuen Mitglieder sind sehr aktiv. Der Zeitpunkt für Ortsverbände ist also gekommen.

"Wir sind nicht verlobt" (J. Janssen)

Am 21. Januar gab es in der Gaststätte "Antonslust" eine gemeinsame Veranstaltung unseres Ortsverbandes Nordwest mit dem SPD-Ortsverein West zur Frage der Nutzung des leerstehenden Gebäudes der ehemaligen Grundschule Neuende.

"Sozialdemokraten und Linke rücken in Wilhelmshaven aufeinander zu", hatte Gerd Abeltd in der Ankündigung dieser Veranstaltung am 15. Januar geschrieben. Nein, das sollte man daraus nicht schließen.

Auf kommunaler Ebene gibt es keine Koalitionen. In jeder Einzelfrage muss eine Ratsfraktion bzw. ein "Einzelkämpfer" im Rat für ihre/seine Anträge auf eine Mehrheit hoffen, um eine Mehrheit kämpfen. Der von unserem Rats Herrn Johann Janssen eingebrachte Antrag auf Erhaltung des Gebäudes der ehemaligen Grundschule Neuende wurde im Rat verabschiedet; die SPD-Fraktion und die BASU-Gruppe stimmten mit uns. Da war die Idee einer gemeinsamen Veranstaltung nahe liegend. Ergebnis des Abends ist eine Arbeitsgruppe, in der Menschen aus dem Stadtwesten ein Konzept für die Nutzung des Gebäudes erarbeiten.

DIE LINKE.
Kreisverband Wilhelmshaven

Lösung in Sicht?

Bürgerinitiative für Methadonversorgung lässt nicht locker

(iz) Seit drei Monaten warten Suchtkranke in Wilhelmshaven auf eine Lösung zur verlässlichen Substitution mit Methadon. Überforderte Ärzte warfen das Handtuch, zuständige Institutionen kamen ihrer Verantwortung nicht nach. Ohne die "Bürgerinitiative für die Sicherstellung der Versorgung von Drogenkranken" wären das Problem und die Betroffenen wohl in einer Sackgasse gelandet.

Hintergrund

Heroinabhängige, bei denen die Entzugstherapie gescheitert ist, können mit Methadon substituiert werden. Sie nehmen täglich in der Praxis des betreuenden Arztes ihre Dosis des Ersatzstoffes ein und haben dann einen geregelten Tagesablauf ohne Entzugerscheinungen und Druck zur Beschaffung. Damit wird dem Teufelskreis aus Beschaffungskriminalität und Sekundärerkrankungen durch infizierte Spritzen bis hin zum tödlichen "Goldenen Schuss" entgegengewirkt.

Die betreuenden Ärzt/innen brauchen eine spezielle Fortbildung, jede/r darf maximal 50 Substituierte betreuen (ohne diese Zusatzausbildung max. 3 Patienten). Wenn nur zwei Ärzte in einer Stadt oder Region das schultern, bedeutet es Einsatz auch an jedem zweiten Wochenende und an Feiertagen sowie Belastung durch die Budgetierung der Krankenkassen und viel Schreibkram. Mindestens 200 Menschen in Stadt und Umland gehören zu dem Kreis, für den diese Therapie sinnvoll ist. Die Diakonie schätzt die Zahl der hiesigen Heroinabhängigen auf 400.

Chronologie

Anfang November 2009 hatten Drs. Abelman und Gradwohl angekündigt, die tägliche Versorgung von Patient/innen mit Methadon einzustellen, weil sie sich mit der Aufgabe allein gelassen und überfordert fühlen.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) hat den Auftrag, die Behandlung jeder Krankheit sicherzustellen. Die KV Wilhelmshaven blieb hier aber untätig. Die Betroffenen starteten daraufhin eine bundesweit einmalige Aktion: Wochenlang hielten sie in winterlicher Kälte tägliche Mahnwachen vor der KV in der Kirchreihe ab. Schwarze Kreuze erinnerten dabei an Verstorbene, die mangels ausreichender Unterstützung ihrer Suchterkrankung zum Opfer gefallen waren. Die Beteiligten waren selbst schockiert, als ihnen bewusst wurde: 42 Tote waren im Gedächtnis geblieben. Die Mahnwachen schlugen Wogen bis zum bundesweiten Ärztekongress in Berlin, wo Abelman über die Situation in Wilhelmshaven berichtete. Die Kollegen zeigten sich beeindruckt vom Engagement der Betroffenen.

Die KV blieb stur. Die Mahnwache wurde zum Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) verlagert. Wenn eine dezentrale Versorgung nicht mehr gewährleistet ist, bietet es sich an, eine zentrale Schwerpunktpraxis einzurichten. Die Kosten dafür – ca. 60.000 Euro im Quartal – muss die KV übernehmen. Eine große Klinik sollte die Voraussetzungen dafür haben, das Raumangebot und die erforderliche medizinische und personelle Infrastruktur, auch für die psychosoziale Betreuung. Im Rat der Stadt gab es Anträge, um über den Aufsichtsrat des RNK Bewegung in die Sache zu bringen – erfolglos.

Ende November gründete sich die Bürgerinitiative für die Sicherstellung der Versorgung von Drogenkranken und startete eine Informations- und Öffentlichkeitskampagne, unter anderem über eine sehr gut gemachte Website (www.schwerpunktpraxis-wilhelmshaven.de).

Mitte Dezember berichtete SAT1 über die Situation in WHV. Darin ließ KV-Sprecher Scherbeitz verlauten, er könne Ärzte ja nicht zwingen, die Substitution zu übernehmen. Natürlich nicht – aber so lange die KV die erforderliche Finanzierung verweigert, macht auch kein Arzt freiwillig mit. Zu der Zeit hatten sich bereits vier Ärzte bereit erklärt, sich zu beteiligen, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Anfang Januar trafen sich auf Einladung der BI Betroffene mit Unterstützern im Banter Gemeindehaus. Vertreten waren auch die Wilhelmshavener Aidshilfe und aus der Politik Mitglieder der Linken, der Grünen und der Freien Wähler. Anwesende Ratsmitglieder waren nur Karlheinz Föhlinger (SPD) und Johann Janssen (Linke), der 1989 als Arzt das Methadonprogramm in WHV ins Leben rief und bis zum Ruhestand mit betreute. Janssen moderierte die Diskussion, berichtete über den Sachstand und steuerte fachliche Infos über rechtliche und medizinische Rahmenbedingungen bei. So gelang es, viele schräge Darstellungen der vergangenen Wochen richtigzustellen.

Selber schuld?

Für Empörung sorgte eine Presseinformation von FDP-Sprecher Dr. Michael von Teichman, der forderte, die Betroffenen binnen eines Jahres durch Entzug "zu heilen". "Methadon hält Betroffene in Abhängigkeit ... Somit wäre ein Konzept zu entwickeln, das mittelfristig zu einem Ausstieg aus dem Drogenkonsum führe ... Notwendig ist ein Stufenprogramm, um innerhalb Jahresfrist den Ausstieg aus der Abhängigkeit zu erreichen, dann sind auch Mahnwachen und anderes nicht mehr erforderlich. Die dort eingebrachte Energie sollte lieber für den Totalausstieg genutzt werden." Als Arzt sollte er es besser wissen. "Wie man als Arzt solche Ansichten vertreten kann, ist mir unbegreiflich. Drogen sucht ist eine Krankheit, die eben nicht

durch Willensakte, sondern durch Behandlung gelindert werden kann, die auch nie 'geheilt' wird", brachte es Bettina Richter in einem Leserbrief auf den Punkt.

Es gibt noch derbere Kommentare, in der Richtung "lasst sie doch verrecken, sie sind doch selbst schuld an ihrer Sucht". Zum Vergleich (Anm. d. Red.): In Deutschland sind schätzungsweise 300.000 Menschen heroinabhängig, 3 Mio alkoholabhängig, 1 Mio (plus hohe Dunkelziffer) leiden unter suchtbedingten Essstörungen. Ein "trockener" Alkoholiker ist noch lange nicht (oder nie) "endgültig geheilt" – wer käme auf die Idee, ihm Antidepressiva zu verweigern, die er benötigt, um die Krankheit unter Kontrolle zu halten und sein Leben in den Griff zu kriegen? Wer würde jemandem, der sich durch ungesunde Lebensführung, Übergewicht etc. bleibende Schäden wie einen Diabetis, Organ- oder Gelenkerkrankungen eingehandelt hat, die notwendigen Medikamente entziehen wollen? Bei dem Treffen waren übrigens auch zwei Alkoholiker, die den Heroinabhängigen Verständnis und Solidarität entgegenbrachten.

Bewundernswert ist der Mut, mit dem die Betroffenen an die Öffentlichkeit gehen. So die Wilhelmshavenerin Gaby de Winter, die seit über 20 Jahren substituiert. Für sie ist Methadon das "Lebenselixier". In einem Leserbrief an die WZ schilderte sie die Situation Betroffener. Seitdem erhält sie Drohbriefe von unverbesserlichen "Mitbürgern", einen Brief hatte sie zu dem Treffen mitgebracht. Unfassbar, was für menschenverachtendes Zeug die Leute von sich geben.

KV bleibt in der Pflicht

Im Ergebnis blieb es dabei: Auch wenn Stadt, Gesundheitsamt und andere Institutionen ihren Teil beitragen können, die Verantwortung bleibt bei der KV. (Allerdings könnten auch die Krankenkassen von sich aus aktiv werden, dann muss die KV zahlen.) Im Prinzip galt es nur, den Knoten zu zerschlagen: Die substituitionsbereiten Ärzte warten auf ein positives Signal der KV für die Kostenübernahme, diese wiederum sagt, es gäbe noch nicht genug bereitwillige Ärzte.

Dankenswerterweise wurde das Thema von WZ-Redakteur Stefan Giesers von Anfang an pressewirksam begleitet. Er war auch bei dem Treffen in der Banter Kirche anwesend und nahm die Anregung mit auf den Weg, über eine von seiner Zeitung moderierte Podiumsdiskussion die Verantwortlichen unausweichlich in die Pflicht zu nehmen.

Ministeriumsmühlen ...

Zwischenzeitlich hat Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler über das Bürgerportal Wilhelmshaven einen offenen Brief erhalten, worin ihm das Problem geschildert wird, mit der Bitte um Abhilfe. Drei Wochen später kam Antwort aus seinem Büro: "... Der Sicherstellungsauftrag einer Kassenärztlichen Vereinigung umfasst auch die ausreichende Versorgung mit vertragsärztlichen Leistungen bei der Substitutionsbehandlung der Drogenabhängigkeit gemäß den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses. Sollten Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kassenärztliche Vereinigung ihrem Sicherstellungsauftrag nicht nachkommt, wäre es Aufgabe der zuständigen Aufsichtsbehörde, den Sachverhalt zu überprüfen. Das ist in diesem Fall das niedersäch- ➤



TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Fortsetzung: Methadonversorgung
sische Sozialministerium. Das Bundesministerium für Gesundheit ist hierzu nicht befugt. Wohl aber wäre das Rösler-Ministerium befugt gewesen, die Angelegenheit mit einem weiteren Brief direkt dem Nds. Sozialministerium zuzuleiten. Das hätte sicherlich eine durchschlagendere Wirkung erzielt, als wenn nun die BI sich dorthin wendet.

Dafür hat Stefan Giesers seine Hausaufgaben erledigt: Anfang Februar lud die WZ KV-Sprecher Helmut Scherbeitz zum Gespräch ("WZ-Stammtisch") mit Matthias Abelmann und Johann Janssen sowie René Grotzek von der Fachstelle Sucht der Diakonie, Ursula Aljets als Vorsitzende des Sozialausschusses und Sozialdezernent Jens Stoffers. Immerhin: Im Mai soll die nächste suchtmittelmedizinische Fortbildung beginnen, kündigte Scherbeitz an. Finanziell sieht er aber "wenig Spielraum und nur die Möglichkeit für eine Starthilfe". Als "Starthilfe", also finanzielle Absicherung sind die 60.000 Euro pro Quartal für die Schwerpunktpraxis ja auch gedacht, bis

die Praxis sich selbst trägt. Die Stadt, so Stoffers, kann sich an den Kosten nicht beteiligen, wohl aber zumindest zeitweise personell mit Amtsärzten.

Bis Mai ist es noch lange hin, wobei man die Zeit für die Einrichtung der Praxis nutzen könnte, in der die fortgebildeten Ärzte dann die Substitution betreuen. Für die Betroffenen wird es eng. Seit Anfang Februar bekommen sie ihr Methadon nur noch als "Take home" verordnet: eine Wochenration, die sie zu Hause einnehmen. Es fordert den Patienten, die ohnehin durch die Ungewissheit und den Kampf der letzten Wochen gestresst sind, viel Selbstdisziplin ab, das Medikament vorschriftsmäßig einzunehmen. Abelmann fürchtet, dass einige das nicht packen. Wir drücken die Daumen, dass sie dafür die gleiche Kraft mobilisieren können, mit der sie für ihre Rechte auf die Straße gegangen sind. Und dass sich die Verantwortlichen nach dem Austausch am "Stammtisch" nicht erst mal zurücklehnen und die BI weiterhin breite Unterstützung erfährt. □

Polit-Nostalgie im Pumpwerk Freitag, 12., 21 Uhr Jan Plewka singt Rio Reiser

Wie kaum eine andere deutsche Band begleiteten Ton Steine Scherben mit Frontmann Rio Reiser (*1950) den politischen Aufbruch der 70er Jahre (Rauch-Haus-Song, Macht kaputt, was euch kaputt macht, Keine Macht für Niemand). Als die Scherben sich 1985 auflösten (u. a. hatten viel zu sozial kalkulierte Eintrittspreise für Konzerte sie in den finanziellen Ruin getrieben), hatte es mit der Revolution noch nicht geklappt. Reiser schlug Solo-Pfade ein und leisere Töne an ("Junimond", "Für immer Dich"), ohne sein politisches Engagement aufzugeben. Sein früher Tod 1996 traf eine ganze Generation. Darf man so ein Denkmal vom Sockel wieder auf die Bühne holen? Ja, wenn man es richtig macht. Jan Plewka kann es. Der Hamburger Schauspieler und Musiker (Frontmann von "Selig" und "Zinoba" und Gitarrist von "Tempeau") schafft es, Reiser wieder zum Leben zu erwecken. Er ist ganz dicht bei seinem Idol und bleibt doch

immer er selbst. "Jan Plewka singt Rio Reiser" ist in Hamburg bereits Kult und die Vorstellungen in der Regel schon Wochen vorher ausverkauft. "Wer vor Glück heulen möchte", schrieb zur Premiere das Hamburger Abendblatt, "muss sich diesen Abend anschauen." Am 12. Februar stellt Jan Plewka mit seiner Band "Schwarz-Rote Heilsarmee" im Wilhelmshavener Pumpwerk den verletzlichen Rio ins Zentrum des Abends. "Auch das Wilhelmshavener Publikum wird fassungslos sein, begeistert, berührt", so die Veranstalter. "Es wird seiner Stimme und seinem Charme gleichermaßen erliegen".

Freitag, 12. März, 20 Uhr Ernesto Cardenal und Grupo Sal Lieder und Gedichte über Liebe, Revolution, Gott und die Welt

In Nicaragua hatte es 1979 ja geklappt mit der Revolution. Der Priester Ernesto Cardenal statt damals in enger Verbindung zur sandinistischen Befreiungsfront. Im Jahre 1985 wurde er von Papst Johannes Paul II. wegen seiner politischen Tätigkeit in der FSLN von sei-



nem Amt als katholischer Priester suspendiert. Er bemühte sich nie um eine Rückgängigmachung dieser kirchlichen Sanktionen. Heute ist Cardenal Nicaraguas berühmtester Dichter. In diesem Jahr begibt sich der 85jährige auf eine Konzert-Lese-Reise, die ihn am 12. März auch nach Wilhelmshaven führt und seinem literarischen wie politischen Vermächtnis gewidmet ist. Mit ausgewählten Texten wird der alte Dichter und Revolutionär versuchen, uns seine Erfahrungen als Mensch, als Poet und als Vertreter der Zeitgeschichte nahe zu bringen. "Die Liebe zur Schönheit der Natur und zu den Frauen hat mich zu Gott geführt, und die Liebe zu Gott zur Revolution", heißt es an einer Stelle bei Ernesto Cardenal.

Ernesto Cardenal wurde zum Symbol für eine Sicht des Lebens, der Natur und des Glaubens, die die Eingrenzung durch Ideologien, theologische Lehrsätze oder Dogmen nicht akzeptiert.

Die Wirkungsgeschichte dieses Autors ist in der Leidenschaft seiner Visionen ebenso begründet wie in seiner Suche nach historischen Wurzeln unseres Daseins und in seinem konkreten Engagement für politische Veränderungen. Seine klare und poetische Sprache, seine starken Bilder, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beschwören, haben ihm weltweites Ansehen eingebracht. In Südamerika kennt ihn bis heute fast jedes Kind.

Tickets gibt es im Vorverkauf über die Hotline 01805-849948, übers Internet unter www.pumpwerk.de und in Wilhelmshaven in der Tourist-Information, Nordseepassage, Nordwest Ticket sowie in zahlreichen Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse.

Anzeige



1.024.000 [1,024 MILLIONEN] EURO "VERSENKT" DIE STADT JÄHRLICH ALS MIETE FÜR EINE STADTHALLE OHNE NUTZEN UND DAS NOCH BIS 2019!

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:

WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

ABGESÄGTE LATERNENPFÄHLE SIND DER SICHTBARE AUSDRUCK FÜR VERZWEIFLUNG UND EINER VERSCHWENDUNGS-POLITIK, DIE IHRE ZIELE AUF DIE HOFFNUNGEN EINIGER WENIGER SETZT.

Sparen ist etwas für Verlierer, und so ist auch nicht verwunderlich, dass diese volksvertretenden Entscheider, die die Stadt langsam aber sicher in den Ruin führen, in den Aufsichtsräten selbstverständlich nicht sparen. Die Parteien müssen indirekt weiterfinanzieren und die willfähigen Parteigenossen mit Anreizen weiter geködert werden. Die Stadthalle ist ein weiteres Zeichen für eine teure Überheblichkeitspolitik, für die der Steuerzahler aufkommen muss. Von den Entscheidern, die den Entschluss für

BASU

FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

den Bau der Stadthalle damals mittragen, sitzen immer noch welche im Stadtparlament und streichen nun eine soziale Leistung nach der anderen, ausser dort, wo die Genossen an den Schaltzellen der Macht sitzen, wie z. B. in der Volkshochschule Wilhelmshaven. Schon wieder werden millionenschwere Projekte wie die Hafentorbrücke [19,6 Mio. Euro] in die Öffentlichkeit gezerrt, als gäbe es keine Haushaltssperre oder drohende "Zwangsverwaltung" durch die Kommunalaufsicht. Als wären 86 Mio. Euro Neuverschuldung bis 2013 [ohne Holdingschulden ca. 120 - 200 Mio. Euro] nicht genug, proklamiert man trotz drohendem Kollaps die Parole: Weitermachen wie bisher. RESPEKT!

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!